

Vorlage

der Berichterstatter
an den Haushalts- und Finanzausschuss

Landtag
Nordrhein-Westfalen
13. Wahlperiode

Vorlage 13/2504

A 06 + A 15

Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes

- Drucksachen 13/4500 (Neudruck) und 13/4660 (1. Ergänzung) -

Einzelplan 04 - Justizministerium

Bericht über das Ergebnis des Berichterstattergesprächs über den Einzelplan 04 gemäß § 28 Abs. 1 in Verbindung mit Nr. 6 der Anlage 3 zur Geschäftsordnung des Landtags

Hauptberichterstatterin
Berichterstatter

Abgeordnete Angela Freimuth
Abgeordneter Hans Willi Körfges
Abgeordneter Winfried Schittges
Abgeordneter Rüdiger Sagel

FDP
SPD
CDU
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN

Als Ergebnis des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 04 ergibt sich aus dem anliegenden Ergebnisvermerk und der Anlage 1.

Ergebnisvermerk zum Berichterstattergespräch zum Einzelplan 04 – Geschäftsbereich des Justizministeriums

1. Teilnehmer/Teilnehmerinnen

Abgeordnete Angela Freitmuth	FDP
Abgeordneter Hans Willi Körfges	SPD
Abgeordneter Winfried Schittges	CDU
Regierungsdirektorin Lohaus	Finanzministerium
Regierungsamtsfrau Verch	Finanzministerium
Ministerialdirigent Kamp	Justizministerium
Ministerialrat Heinrich	Justizministerium
Oberamtsrat Nießen	Justizministerium
Regierungsangestellter Schröder	Landtagsverwaltung

2. Allgemeines

Die Berichterstatter der Fraktionen erörterten am 8. Januar 2004 den Einzelplan 04, Geschäftsbereich des Justizministeriums (Drucksachen 13/4500 - Neudruck - und 13/4660, Vorlagen 13/2420 und 13/2471) mit den zuständigen Vertreterinnen und Vertretern des Finanzministeriums und des Justizministeriums. Soweit hierzu wichtige Informationen gewonnen wurden, die über die vorliegenden schriftlichen Erläuterungen hinausgehen, sind diese nachstehend dargestellt.

3. Gesprächsergebnisse

3.1 Auswirkungen des Neubaus eines Prozessgebäudes an der Völklinger Straße in Düsseldorf auf die sonstigen investiven Ausgaben im Einzelplan 04

Der Neubau eines Prozessgebäudes an der Völklinger Straße in Düsseldorf hat keine Auswirkungen auf die sonstigen investiven Ausgaben im Einzelplan 04, speziell Justiz 2003 sowie auf das Programm zur Grunderneuerung von Justizvollzugsanstalten einschließlich damit zusammenhängender Erweiterungsmaßnahmen (Kapitel 04 410, Titel 711 52).

Die Mittel für den Neubau des Prozessgebäudes sind zusätzlich im Haushalt eingestellt worden. Hierbei handelt es sich um Mietmittel.

Zum Projekt „Justiz 2003“ können folgende Feststellungen getroffen werden: Die Vollausrüstung ist bis auf ganz wenige Ausnahmen erreicht. Lediglich bei zwei Gerichtsgebäuden aufgrund baulicher Gegebenheiten und bei den Dienststellen der Bewährungshilfe aufgrund deren getrennter räumlicher Unterbringung gibt es noch keine Vernetzung. Mit einigen Fachverfahren – zu nennen sind hier RegisStar für den Bereich Handelsregister und Solum-Star für den Bereich elektronisches Grundbuch – setzt die nordrhein-westfälische Justiz bundesweit Maßstäbe. Zu zeitlichem Verzug ist es bei dem Programm „JUDICA“ gekommen. Aufgrund von Programmfehlern und wegen Schwierigkeiten mit dem Textmodul

TSJ besteht derzeit gegenüber den Planungen ein Zeitverzug von rd. 3 Jahren. Mit einer flächendeckenden Anwendung ist derzeit nicht vor Ende 2006 zu rechnen.

Das Justizministerium hat eine schriftliche "Kurzversion" des Umsetzungsstandes von Justiz 2003 zugesagt. Eine Übersicht über das Programm zur Grunderneuerung von Justizvollzugsanstalten einschließlich damit zusammenhängender Erweiterungsmaßnahmen ist in der **Anlage 1** dargestellt.

- 3.2** Zuzüglich zu den bereits bestehenden 121 Haftplätzen in der sozialtherapeutischen Anstalt Gelsenkirchen und den sozialtherapeutischen Abteilungen der Justizvollzugsanstalten Aachen, Euskirchen (offener Vollzug) und Siegburg (Jugendstrafvollzug) sind im Jahr 2003 86 zusätzliche Plätze in z.T. neu geschaffenen sozialtherapeutischen Abteilungen der Justizvollzugsanstalten Aachen, Willich I, Bochum, Detmold und Schwerte zur Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen aus dem Strafvollzugsgesetz geschaffen worden. Voraussichtlich im Jahr 2005 werden valide Erkenntnisse darüber vorliegen, ob noch weitere Haftplätze in der Sozialtherapie erforderlich sind. Um diese Abteilungen auch personell ausstatten zu können, ist eine Verstärkung im psychologischen Dienst, im gehobenen Sozialdienst und im allgemeinen Vollzugsdienst der o.g. Justizvollzugsanstalten erforderlich. Deshalb sieht der Haushaltsentwurf 2004 / 2005 die Verlängerung von 10 kw-Vermerken bei Stellen des psychologischen Dienstes, von 29 kw-Vermerken bei Stellen des allgemeinen Vollzugsdienstes und von 7 kw-Vermerken bei Stellen des gehobenen Sozialdienstes um 1 Jahr bis „ab 1.1.2006“ vor.
- 3.3** Die Haushaltsansätze für Vergütungen für Berufsbetreuer (Kap. 04 210 Titel 546 50 und Titelgruppen) steigen im Haushaltsjahr 2004 im Vergleich zum Vorjahr weiter an, verbleiben dann aber auf diesem Niveau. Der Bundesrat hat am 19.12.2003 beschlossen, den Entwurf eines Zweiten Betreuungsrechtsänderungsgesetzes im Bundestag einzubringen. U.a. durch die Neuregelung der Vergütung im Sinne der Umstellung auf eine Pauschalvergütung, eine Stärkung der Vorsorgevollmacht sowie durch ein zentralisiertes Abrechnungswesen werden Kosteneinsparungen erwartet. Im Gesetzentwurf ist vorgesehen, dass die Vorschriften zur Reform des Vergütungsrechts am 1.1.2005 in Kraft treten. Ist-Zahlen über die tatsächlichen Ausgaben im Jahr 2003 liegen derzeit noch nicht vor.
- 3.4** Mit der 2. Ergänzungsvorlage werden i.w. folgende justizspezifische Änderungen vorgenommen:
- Einrichtung von 20 neuen Stellen für Richter/-innen am Arbeitsgericht sowie von 30 neuen Stellen für Servicekräfte aufgrund der hohen Eingangszahlen in der Arbeitsgerichtsbarkeit; sämtliche Stellen sind kw 1.1.2010
 - Reduzierung der Einnahmeansätze bei der Vermögensabschöpfung (Kap. 04 210 Tit. 112 00) um 10 bzw. 14 Mio. € im Anschluss an die Ist-Entwicklung; zur Kompensation werden die Ausgabeansätze bei den Auslagen in Rechtssachen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften (Kap. 04

210 Tit. 532 10) im Anschluss an die tatsächliche Ausgabenentwicklung abgesenkt.

- Etatisierung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 52,5 Mio. € im Haushalt 2004 zum Neubau einer Justizvollzugsanstalt im Großraum Düsseldorf im Rahmen eines PPP-Projekts.

Angela Freimuth
(Hauptberichterstatteerin)

Hans Willi Körfges
(Berichterstatteer)

Winfried Schittges
(Berichterstatteer)



Grundsanierungsmaßnahmen im Justizvollzug zu Lasten des Titels 711 52
(Haushaltsansatz 2004 und 2005: jeweils 7.735.000 €)

Derzeit laufen in folgenden Justizvollzugsanstalten Grundsanierungsmaßnahmen:

<u>JVA</u>	<u>Gesamtbetrag</u>
Bochum	24,8 Mio. €
Hamm	9,8 Mio. €
Remscheid	22,0 Mio. €
Rheinbach	24,6 Mio. €

Hinzu treten Maßnahmen zur weiteren Optimierung der Sicherheit in einer Vielzahl von Justizvollzugseinrichtungen.